



UHH · StuPa-Präsidium · Von-Melle-Park 5 · D-20146 Hamburg

B1718-005 Beschluss des Studierendenparlamentes vom 15.06.2017

Keine Studiengebühren

Die Verfasste Studierendenschaft verurteilt das Bestreben der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, Studiengebühren für internationale Studierenden einzuführen, und erklärt sich solidarisch mit den Betroffenen und den gegen die Maßnahme Protestierenden.

Anstatt der desaströsen Schuldenbremsenpolitik und der Unterfinanzierung der Hochschulen eine Absage zu erteilen und damit dem Menschenrecht auf freie Entfaltung und auf Bildung zu entsprechen, tut die Landesregierung so, als sei diese Unterfinanzierung ein Sachzwang. Wie schon Grün-Schwarz in Baden-Württemberg sucht sie sich die vermeintlich Schwächsten aus, um auf deren Rücken der von ihnen und ihren Parteiliebenden selbst verursachten Probleme Herr*in zu werden. In ihrer Argumentation nach außen räumt sie dieser Zweckrationalität und der Behauptung, Studiengebühren seien internationaler Standard, eine höhere Priorität ein als dem - auch für Nicht-EU-Bürger*innen geltende - Menschenrecht auf Bildung und der kulturellen, menschlichen und sozialen Bereicherung auf den Campussen in NRW. Internationalen Studierenden einen zusätzlichen finanziellen Aufwand aufzubürden, steht in keinem Verhältnis zu den allgemeinen Studiengebühren. Zusätzlich müssen Nicht-EU-Studierende dazu in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten, indem sie dazu verpflichtet werden, ein Sperrkonto von etwa 7000€ einzurichten. Es besteht außerdem keine BAföG-Berechtigung o.Ä. Bildung bleibt dadurch ein Privileg auch für internationale Studierende, da eine finanzielle Liquidität vorausgesetzt und somit im Vorfeld bereits „aussortiert“ wird. Auf diese ohnehin bestehende Ungleichbehandlung auch noch Studiengebühren draufzusetzen ist an sich schon absurd und gerät auf den zweiten Blick zur Farce: Schwarz-Gelb versucht mit solcher Politik rechtzeitig vor der Bundestagswahl eine populistische Brücke zwischen neoliberaler Pseudo-Wirtschaftlichkeit und rassistischer Diskriminierung zu schlagen. Dieser menschenfeindlichen Logik erteilen wir als Verfasste Studierendenschaft der Universität Hamburg eine klare Absage und erklären unsere Solidarität mit allen Betroffenen und denjenigen, die dieser Absage praktischen Ausdruck verleihen!

Wir rufen FZS und ABS auf, bundesweite Soliaktionen gegen diesen Versuch der Einführung von Studiengebühren und diesen rassistischen Populismus zu initiieren, an denen wir uns aus Hamburg gerne beteiligen.